



LÉGATION DE SUISSE
EN GRÈCE

B.12 - IM
Référence No. P.B.Nr.11
(à rappeler dans la réponse)

Votre Réf. No.

VERTRAULICH.

Zypern und die griechisch-
britischen Beziehungen.

ATHÈNES, den 15. Mai 1952.

Téléphone [redacted] 610.748, 610.753
Rue Scoufa 49.

M. T. ...

P.A. 21.31 Athen

Herr Bundesrat,

Die grosse Kundgebung, die am 8. ds.Mts. für die Vereinigung Zyperns mit Griechenland stattgefunden hat, weist einen nationalen und einen internationalen Aspekt auf, die eine nähere Betrachtung verdienen: Nie zuvor war der Gegensatz zwischen Kirche und politischer Behörde in einer Schärfe zutage getreten, die einen Augenblick geradezu den Charakter einer Machtprobe anzunehmen drohte; andererseits dürfte es in den Annalen der internationalen Höflichkeit nicht eben oft vorkommen, dass die Anwesenheit von prominenten Vertretern eines verbündeten Landes, zudem eines Hauptpartners in der NATO, als geeigneter Zeitpunkt für eine Demonstration ausersehen wird, die, ob man es nun wolle oder nicht, sich gegen die Regierung der Gäste richtet.

Als Vorsitzender des panhellenischen Komitees für die Vereinigung Zyperns hatte der Erzbischof-Primas von Athen und Griechenland die Initiative ergriffen, für Donnerstag den 8. Mai auf dem Verfassungsplatz in Athen, gegenüber dem Parlament und in nächster Nähe des Aussenministeriums und zahlreicher Botschaften, eine öffentliche Kundgebung einzuberufen; damit sollte Lord Halifax, der als offizieller Vertreter der britischen Regierung einige Tage zuvor zur feierlichen Einweihung eines War Memorials zu Ehren der im letzten Weltkrieg auf griechischem Boden gefallenen britischen Krieger in Athen eingetroffen war, und Feldmarschall Montgomery, der sich als Stellvertreter von General Eisenhower hier aufhielt, der unerschütterliche Wille des griechischen Volkes auf Verwirklichung dieser nationalen Aspiration eindrücklich vor Augen geführt werden. Im Benehmen mit der Regierung, die

Herrn
Bundesrat Max Petitpierre,
Vorsteher des
Eidgenössischen Politischen Departements,
B e r n .



- 2 -

als Gastgeber kaum anders handeln konnte, verbot die Polizeidirektion von Athen die Kundgebung mit der nicht eben glücklichen Begründung, sichere Informationen von beabsichtigten kommunistischen Infiltrationen liessen Störungen der öffentlichen Ordnung befürchten. Dem Verbot trat der Erzbischof ungesäumt mit der Erklärung entgegen, der Wille des freien griechischen Volkes könne und dürfe nicht durch den Büttel geknebelt werden und die Kundgebung werde auf alle Fälle stattfinden. In dieser misslichen Lage traten Regierung und Polizei stillschweigend den Rückzug an, erreichten immerhin die Verlegung der Manifestation auf den weniger gefährlichen Homoniatplatz im Geschäftszentrum. Alle möglichen und undenkbar-Organisationen, von den Schulen und Hochschulen bis zu den Berufsinnungen und Gewerkschaften, waren von ihren Vorständen aufgeboten worden; das panhellenische Komitee hatte Flaggenschmuck und Schliessung der Geschäfte von 11 bis 13 Uhr angeordnet. Unter diesen Umständen war es kein Kunststück, in einer Agglomeration wie Athen-Piräus mit ihren 1 1/2 Millionen Einwohnern eine Menge zu mobilisieren, die vom Innenminister auf 60'000 beziffert wurde (ein der Gesandtschaft angehörender Augenzeuge hält diese Zahl allerdings für drei- bis viermal übersetzt, aber die Schwierigkeiten solcher Schätzungen sind bekannt). Von Regierungsseite war niemand zugegen. Vom Balkon eines Hotels sprach der Erzbischof zur Menge auf dem Platz in massvollen, aber entschiedenen Worten; er rechtfertigte sein Eingreifen mit der zaudernden, lauen Haltung der Regierung. Eine vorbereitete Resolution, die mit den allbekannten Argumenten die Vereinigung Zyperns mit dem "Mutterland" verlangt und zugleich dem "befreundeten und verbündeten Grossbritannien" tunlichste Schonung widerfahren lässt, wurde einstimmig angenommen, wie es bei solchen Massenmeetings unvermeidlich ist.

Die Kundgebung auf dem Homoniatplatz verlief in völliger Ruhe und Ordnung; schwere Zwischenfälle traten erst ein, als sich nach Auflösung der Versammlung einige tausend Manifestanten, verführt von kommunistischen Lockspitzeln, wie die Polizei zu wissen glaubt, den Weg zu einer Demonstration vor der britischen Botschaft zu erzwingen suchten und die Polizei von ihren Waffen Gebrauch machen musste; Ergebnis: 27 Polizisten verletzt, darunter 5 schwer, 6 Manifestanten verwundet.

Am nämlichen Abend hatte ich Gelegenheit, mich über die Zypernfrage mit einem in der Aussenpolitik füh-

renden liberalen Politiker einlässlich unter vier Augen zu unterhalten. Ich fasse nachstehend seine Ausführungen zusammen, die den offiziellen griechischen Standpunkt getreulich wiedergeben dürften.

Die Zypernfrage bereitet der Regierung wachsende Sorgen und Ungelegenheiten. Die öffentliche Meinung, soweit sie sich überhaupt um Politik kümmert, ist hierin durchaus einhellig - was übrigens ein Blick in die griechische Presse von der Rechten bis zur äussersten Linken durchaus bestätigt. Der griechische Staat bleibt eben den Gesetzen treu, nach denen er angetreten ist. Im Gegensatz zur Schweiz, deren Grundlage die Föderation, der Wille zur politischen Zusammenarbeit bildet, ist die Politik des modernen Hellenismus seit der Befreiung andauernd durchaus von der nationalen Idee beherrscht, deren Verwirklichung in einer Geschichte von 130 Jahren Schritt um Schritt erkämpft wurde.

Ein griechischer Politiker, der es wagen wollte, sich in nationalen Fragen lau zu zeigen oder Mässigung zu predigen, würde seine weitere Laufbahn unabänderlich aufs Spiel setzen. Als Aussenminister Venizelos, wohl wissend, was er sagte, den türkischen Journalisten bei seinem Besuche in der Türkei und unlängst wieder anlässlich des Besuches von Menderes und Köprülü, erklärte, die Zypernfrage sei eine Angelegenheit, die in erster Linie Grossbritannien und das Volk von Zypern angehe, sei er von der ganzen Presse wegen Preisgabe griechischer Interessen aufs heftigste angegriffen worden. Eine Regierung, die sich, zumal bei der gegenwärtigen internationalen Lage, ihrer Verantwortlichkeit bewusst bleibe, könne aber nicht mit der Faust auf den Tisch schlagen. Dafür habe man aber im "Volk" nicht überall das nötige Verständnis, und es sei betrüblich, dass sich die öffentliche Meinung zusehends von England, dem "ältesten und treuesten Verbündeten", abwende. Die Emanzipation der meisten asiatischen Besitzungen, die unter britischer Mitwirkung zustande gekommene Proklamierung des unabhängigen Königreichs Libyen und schliesslich die im Wurf befindliche "Befreiung" des Sudans fordere immer wieder zu bitteren Vergleichen mit der Behandlung heraus, die London einem alten christlichen Kulturvolk wie den Zyprioten angedeihen lasse.

Zypern bietet Grossbritannien keinerlei wirtschaftliche Vorteile. Aber auch militärisch-strategische Einwände hielten näherer Prüfung nicht stand. Griechen-

land hat Grossbritannien nicht nur auf Zypern die Möglichkeit angeboten, im Falle der Vereinigung alle beliebigen Basen beizubehalten oder neue zu errichten, sondern darüber hinaus drei weitere Marinebasen an ausgezeichneten Ankerplätzen, nämlich in der Sudabay auf Kreta, auf der Insel Milos und in der Bucht von Argostoli auf Zephalonien, offeriert. Aber London verharret in undurchdringlichem Schweigen, und es erweist sich als unmöglich, überhaupt ins Gespräch zu kommen. Athen hat in die britische "fairness" ein so unerschütterliches Vertrauen, dass ein unter britischer Aufsicht durchgeführtes Plebiszit ohne weiteres als vollgültiger Ausdruck des zypriotischen Volkswillens anerkannt würde; man würde es schon als wertvollen Beitrag zur Entspannung der Lage anerkennen, wenn London auch nur einmal mehr einen Wechsel auf die Zukunft abzugeben bereit wäre, etwa in der Form, es sei zu wohlwollender Prüfung der Frage bereit, sobald die internationale Lage dies erlaube. Forscht man nach den letzten Beweggründen der unmachgiebigen britischen Haltung, so dränge sich der Schluss auf, London betreibe reine Prestigepolitik.

Griechischerseits wird anerkannt, dass Grossbritannien die nationalen Eigentümlichkeiten auf Zypern nicht angetastet und dass sich die Bevölkerung unter britischer Herrschaft nicht schlecht entwickelt habe. Wirtschaftlich sei aber die Insel stark zurückgeblieben: ganz im Gegensatz zu den Italienern auf Rhodos und anderswo, habe Grossbritannien in Zypern keinerlei britische Mittel investiert, sondern die Insel mit einem selbsttragenden Budget verwaltet, was bei ihrer Armut an natürlichen Hilfsmitteln unzureichend sei. Man ist sich denn auch hier im klaren, dass Zypern Griechenland keinerlei materielle Vorteile bringen, sondern eher eine zusätzliche Belastung bedeuten würde; aber eine von ideellen Motiven getragene Bewegung lasse sich durch derartige Bedenken nicht im Zaum halten.

Das Massenmeeting vom 8. ds.Mts. hatte gestern in der Kammer ein Nachspiel. Ausserhalb der Tagesordnung ergriff der EPEK-Abgeordnete Akritas, Delegierter bei der letzten Vollversammlung der UNO, das Wort; unter Hinweis auf den einhelligen Willen des Volkes stellte er den Antrag, einen letzten Appell an das britische Parlament zu richten und, wenn dieser Weg nicht zum Ziele führe, die

Regierung einzuladen, die Frage vor die UNO zu bringen. Sprecher der Oppositionsparteien traten mit gleicher Entschiedenheit für die "sofortige" Verwirklichung der "Enosis" ein, Abweichungen kamen nur in der Wahl der zu befolgenden Methode zum Ausdruck. In Abwesenheit des verhinderten Aussenministers sprang der Unterstaatssekretär im Aussenministerium, Ev. Averoff, mit einer kurzen Erklärung ein: Die Regierung behandelt die Zypernfrage, so versicherte er einmal mehr, in patriotischem Geiste und in einem unbeugsamen Gefühl für die nationale Würde; sie ist aber genötigt, mit grosser Umsicht vorzugehen, denn sie ist gewillt, die herkömmlichen freundschaftlichen Beziehungen zu Grossbritannien fortzusetzen.

Ein konkretes Resultat hat die Kammerdebatte nicht gezeitigt, es sei denn, dass möglicherweise die Regierung demnächst in einer geheimen Kammersitzung über den Stand der "Verhandlungen" Auskunft erteilen und die Meinung des Hauses über das weitere Vorgehen einholen wird. Indessen dürfte die Zypernfrage in den nächsten Wochen die Gemüter weiterhin in Spannung halten. Der Erzbischof und "Ethnarch" von Zypern schickt sich zu einer Rundreise durch die Levantestaaten an. Was Athen bei einer Vermengung seiner "nationalen Aspiration" mit dem arabischen Krisenherd zu gewinnen hat, ist schwer einzusehen. Anschliessend beabsichtigt der streitbare Kirchenfürst einen Besuch in Athen, um die zögernde griechische Regierung zur Anbringung einer Klage bei der nächsten Vollversammlung der Vereinigten Nationen zu drängen. Eine schöne Zuversicht, zwei Mitglieder des Atlantikpakts als streitende Parteien vor den Vereinigten Nationen auftreten zu sehen! Ohne Zweifel ist sich die Regierung ihrer politischen Verantwortung in dieser Hinsicht voll bewusst und verkennt auch keineswegs, wie brüchig die Rechtsgrundlage einer griechischen Intervention wäre. Aber die öffentliche Meinung, die andauernd mit Klagen über das Griechenland angetane "Unrecht", selbst aus dem Munde verantwortlicher Politiker wie Kanellopoulos, aufgepeitscht wird, ist blind für solche Ueberlegungen. Es zeigt sich einmal mehr, wie rasch die kleinem Staaten, obwohl auf fremde Einmischungen in ihre eigenen innern Angelegenheiten überaus empfindlich reagierend, gestützt auf ihre grosse Zahl bereit sind, sich in Interna der Grossmächte einzumengen. Bezeichnenderweise ist denn auch die griechische Stimmenthaltung bei der Behandlung der Tunesienfrage vor dem Sicherheitsrat, mit einem vielsagenden Seitenblick auf Zypern, von

- 6 -

einem Teil der griechischen Presse scharf beanstandet worden: man hätte es lieber gesehen, wenn Griechenland gegen das verbündete Frankreich gestimmt hätte. - Zu allem Ueberfluss flammte der alte Konflikt zwischen den britischen Konsularbehörden und den griechischen Gewerkschaften erneut auf: die Erteilung von Visa an die Gewerkschaftsdelegierten zum zypriotischen Gewerkschaftskongress wird wiederum von der Bedingung abhängig gemacht, dass während des Kongresses die Frage der "Enosis" nicht aufgeworfen werde.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. *C. Sulli*.